

Gegen dumme Gedanken

In Flüchtlingsunterkunft auf Benjamin-Franklin-Gelände in Mannheim erproben Bewohner ein Modell der Selbstverwaltung

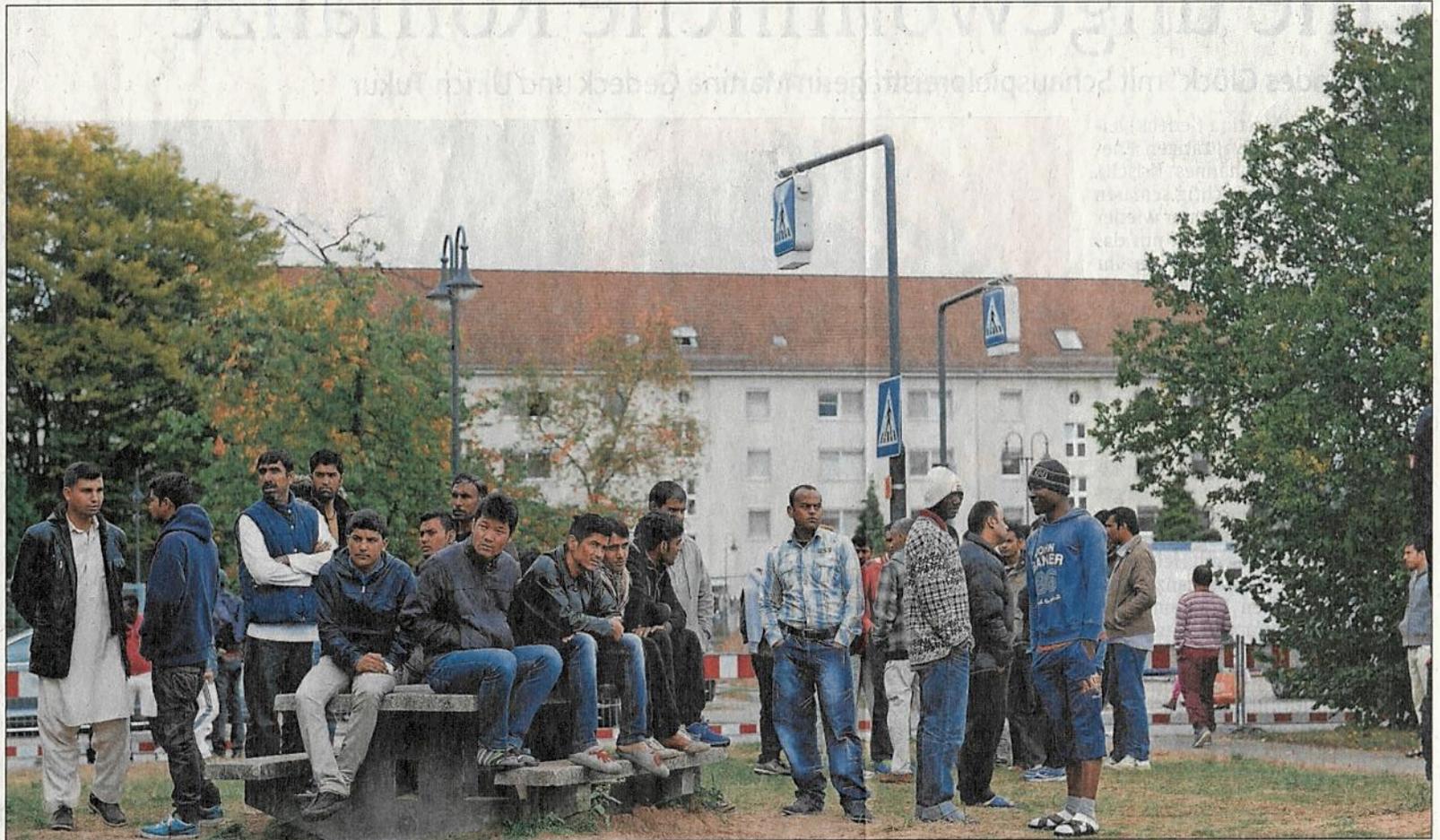
VON HEIKE WARLICH-ZINK

MANNHEIM. Zwischen 500 und 700 Menschen leben derzeit in der Flüchtlingsunterkunft auf „Franklin“ im Norden Mannheims. Sie gilt als größte Erstaufnahmestelle in Deutschland. Die Zuwanderer kommen in erster Linie aus dem Balkan und aus Gambia und bleiben in der Regel zwischen drei und sechs Monaten. Ein Bewohnerbeirat vertritt die Interessen der Menschen.

Die Flüchtlingsunterkunft auf dem Franklin-Gelände ist mit ihrer Kapazität für fast 6000 Menschen nicht nur die größte ihrer Art in Deutschland, sondern nach Meinung des Freundeskreises Asyl Karlsruhe auch diejenige mit dem besten Standard. In sperriger Verwaltungssprache heißt das Zuhause auf Zeit für Zuwanderer Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung – oder abgekürzt einfach BEA. Diese nicht ganz unparteiische Einschätzung teilt der Paritätische Landesverband Baden-Württemberg.

Der Freundeskreis hat im Auftrag des Landes die Verfahrens- und Sozialberatung ebenso übernommen wie das Schaffen von Angeboten. „Zugleich sehen wir es als unsere Aufgabe, auftretende Probleme ausgehend von der Situation der Menschen dort zu lösen“, erläuterte Manfred Asel von der Geschäftsstelle des Freundeskreises Asyl Karlsruhe gestern in einem Gespräch mit den Mannheimer Bundestagskandidaten Gökyak Akbulut (Die Linke) Florian Kußmann (FDP) und Stefan Rebmann (SPD) sowie Stadtrat Gerhard Fontagnier (Grüne).

Aus dem Ansatz heraus, den Asylsuchenden Mitbestimmungsrechte



Viele tausend Menschen mit Hoffnungen auf ein Asyl in Deutschland haben in den vergangenen Jahren in der Unterkunft auf dem Benjamin-Franklin-Gelände in Mannheim-Käfertal gelebt.

ARCHIVFOTO: DPA

kräfte und Regierungspräsidium heran und machen zugleich Vorschläge für Angebote und Verbesserungen. Trainer in Kommunikation, Konfliktlösung und Selbstbehauptung schulen sie für diese Aufgabe. Ein Konzept, das laut Asylstellenplanerinnen

dem insgesamt 500 Menschen teilgenommen haben.

So positiv sich die Selbstverwaltungsstruktur auswirkt, so wenig ist sie eine Dauerlösung. Das machten die Vertreter des Freundeskreises gegenüber den Politikern ebenso klar

die Teilhabe am kulturellen Leben.

Wie sehr Ungewissheit, Warten und fehlende Rückzugsmöglichkeiten den Geflüchteten zu schaffen machen, schilderten die Bewohnervertreter aus ihrer persönlichen Erfahrung. Fast ein Jahr lang lebt Beirat Ma-

ratskollege Sering aus Gambia richtete ebenfalls den Wunsch an die Politiker, die Asylverfahren und den Transfer zu beschleunigen. Die lange Zeit ohne Arbeit, Einkommen und Perspektive lasse manch einen schnell auf dumme Gedanken kommen. Er

VON HEIKE WARLICH-ZINK

MANNHEIM. Zwischen 500 und 700 Menschen leben derzeit in der Flüchtlingsunterkunft auf „Franklin“ im Norden Mannheims. Sie gilt als größte Erstaufnahmestelle in Deutschland. Die Zuwanderer kommen in erster Linie aus dem Balkan und aus Gambia und bleiben in der Regel zwischen drei und sechs Monaten. Ein Bewohnerbeirat vertritt die Interessen der Menschen.

Die Flüchtlingsunterkunft auf dem Franklin-Gelände ist mit ihrer Kapazität für fast 6000 Menschen nicht nur die größte ihrer Art in Deutschland, sondern nach Meinung des Freundeskreises Asyl Karlsruhe auch diejenige mit dem besten Standard. In sperriger Verwaltungssprache heißt das Zuhause auf Zeit für Zuwanderer Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung – oder abgekürzt einfach BEA. Diese nicht ganz unparteiische Einschätzung teilt der Paritätische Landesverband Baden-Württemberg.

Der Freundeskreis hat im Auftrag des Landes die Verfahrens- und Sozialberatung ebenso übernommen wie das Schaffen von Angeboten. „Zugleich sehen wir es als unsere Aufgabe, auftretende Probleme ausgehend von der Situation der Menschen dort zu lösen“, erläuterte Manfred Asel von der Geschäftsstelle des Freundeskreises Asyl Karlsruhe gestern in einem Gespräch mit den Mannheimer Bundestagskandidaten Gökay Akbulut (Die Linke) Florian Kußmann (FDP) und Stefan Rebmann (SPD) sowie Stadtrat Gerhard Fontagnier (Grüne).

Aus dem Ansatz heraus, den Asylsuchenden Mitbestimmungsrechte einzuräumen, ist der bundesweit einmalige Bewohnerbeirat entstanden, der mit drei Vertretern ebenfalls am Runden Tisch im Kulturhaus Käfertal Platz genommen hatte. Das im November 2016 gegründete Gremium besteht aus derzeit 18 gewählten Beiräten aus den jeweiligen Herkunftsländern. Diese tragen die Sorgen und Nöte ihrer Landsleute an Sicherheits-



Viele tausend Menschen mit Hoffnungen auf ein Asyl in Deutschland haben in den vergangenen Jahren in der Unterkunft auf dem Benjamin-Franklin-Gelände in Mannheim-Käfertal gelebt.

ARCHIVFOTO: DPA

kräfte und Regierungspräsidium heran und machen zugleich Vorschläge für Angebote und Verbesserungen. Trainer in Kommunikation, Konfliktlösung und Selbstbehauptung schulen sie für diese Aufgabe. Ein Konzept, das laut Asel auf allen Ebenen zu wesentlich mehr Verständnis für- und untereinander geführt hat. „Wir haben den Flüchtlingen Entscheidungsräume geöffnet“, ergänzte Jessica Ruhe. Die Bewohner sollen selbst überlegen, wie sie ihre aktuelle Situation mitgestalten können. Als Beispiel nannte sie ein von etwa 100 Bewohnern organisiertes Fußballturnier, an

dem insgesamt 500 Menschen teilgenommen haben.

So positiv sich die Selbstverwaltungsstruktur auswirkt, so wenig ist sie eine Dauerlösung. Das machten die Vertreter des Freundeskreises gegenüber den Politikern ebenso klar wie Thomas Weichert vom Paritätischen Mannheim und Feray Sahin vom Landesverband. „Die Zeit in der Erstaufnahme muss auf maximal sechs Monate beschränkt bleiben“, betonte Sahin, die zugleich forderte, den Bewohnern den Zugang zu Bildung, Arbeit und dem Gesundheitssystem ebenso zu ermöglichen wie

die Teilhabe am kulturellen Leben.

Wie sehr Ungewissheit, Warten und fehlende Rückzugsmöglichkeiten den Geflüchteten zu schaffen machen, schilderten die Bewohnervertreter aus ihrer persönlichen Erfahrung. Fast ein Jahr lang lebt Beirat Malonga mittlerweile auf Benjamin Franklin. Die Situation sei belastend, aber dennoch besser als in der Heimat. Durch die Mitarbeit im Gremium habe er viel gelernt über „the System of Germany“, wie Dinge funktionieren und welche Rechte und Pflichten es gibt. Das versucht er, an seine Landsleute weiterzugeben. Sein Bei-

ratskollege Sering aus Gambia richtete ebenfalls den Wunsch an die Politiker, die Asylverfahren und den Transfer zu beschleunigen. Die lange Zeit ohne Arbeit, Einkommen und Perspektive lasse manch einen schnell auf dumme Gedanken kommen. Familienvater Birhan sagte, dass Mazedonien mittlerweile zwar als sicheres Herkunftsland gelte, er als Roma in seiner Heimat jedoch diskriminiert werde. „Ich wünsche mir, dass meine Kinder jetzt bereits in eine Regelschule gehen können, dass wir hier selbst kochen und unser Zimmer abschließen können“, ergänzte er.